

***Evangelische Ethik in der pluralen Gesellschaft –
Von der Freiheit und den Christenmenschen***

Rede

von Bundesminister

Dr. Wolfgang Schäuble

beim Symposium

„Protestantische Ethik für das 21. Jahrhundert“

anlässlich des 50-jährigen Bestehens

der *Zeitschrift für Evangelische Ethik*

am 1. Dezember 2006 in Berlin

1. *„Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“*

Mit diesem scheinbaren Paradoxon beginnt Martin Luther im Jahre 1520 seine Schrift *Von der Freiheit eines Christenmenschen*. Mit dem Freiheitsbegriff des Wittenberger Reformators kennen Sie sich als Fachleute auf dem Gebiet der Ethik weit besser aus als ich.

Sollte ich als Innenminister in einem Satz zusammenfassen, was Hauptanliegen der Politik in einer pluralen, de-

mokratischen Gesellschaft ist, so lautet meine Antwort: Zentrale politische Herausforderung in einer pluralen, freiheitlichen Gesellschaft ist die Verbindung von Freiheit und Sicherheit unter gleichzeitiger Wahrung von Offenheit und Toleranz.

Auch wenn ich sehe, dass sich bei so vielen ethisch aufgeladenen Begriffen in einem Hauptsatz die Stirn vieler verdienter und ausgewiesener Autoren der *Zeitschrift für Evangelische Ethik* in Falten legt, so kommt Politik zumindest am Versuch eines Spagats zwischen diesen Begriffen doch nicht vorbei. Eine plurale Gesellschaft ohne Freiheit und Sicherheit wird nicht lange plural und frei bleiben. Dass wiederum derjenige, der die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, am Ende beides verlieren wird, erkannte schon Benjamin Franklin. Und dieser war nicht nur ein weitsichtiger Politiker, sondern bezeichnenderweise auch der Erfinder des Blitzableiters. Nicht dass da ein direkter Zusammenhang bestünde ...

2. Wenn nun der Christenmensch ein freier Herr über alle Dinge und niemandem untertan ist, so ist der Drang nach Freiheit nichts spezifisch Christliches. Wo also besteht der Zusammenhang zwischen Freiheit und christlicher Ethik? Luther würde dies wohl mit seinem zweiten Satz „Der Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht und je-

dermann untertan“ beantworten und auf die besondere Verantwortung des einzelnen Christen in der Welt verweisen.

Was bedeutet das im politischen Alltag? Welchen Beitrag können Christen, können Protestanten, kann und sollte evangelische Ethik in einer freiheitlich-pluralen Gesellschaft tatsächlich leisten? Mit dieser Frage möchte ich mich in meinem Vortrag beschäftigen.

Wenn ich es recht sehe, war es diese Frage, die schon die Herausgeber der *Zeitschrift für Evangelische Ethik* als deren Begründer vor 50 Jahren umgetrieben hat. So erschien im Jahre 1957 das erste Heft der *ZEE*, wobei deren Herausgeber den Anspruch formulierten, „einen Beitrag zur Orientierung unseres Verhaltens in der modernen Gesellschaft zu leisten“. Mit diesem Anspruch hat die *ZEE* 50 Jahre bundesrepublikanischer Geschichte begleitet und ist vor keinen Fragen, ob sie nun fundamental-ethischer oder ganz angewandter Art waren, zurückgescheut. Ob Bioethik oder politische Philosophie, ob Wirtschaft oder Gesellschaft, in der *ZEE* haben Theologen und Philosophen, politische Akteure und Naturwissenschaftler protestantische Perspektiven zu ethischen Fragen der Zeit aufgezeigt. Und das ist ein Beitrag von der

Art, wie ich ihn von christlicher Ethik und freien Christenmenschen in dieser Gesellschaft erwarte.

Nun bin ich wie gesagt kein Ethiker und werde mich darum allein aus der Perspektive des politischen Praktikers mit der Frage beschäftigen, was das Christentum zu gesellschaftlichen Diskussionen beitragen kann und sollte. So wenig ich glaube, dass es eine „christliche Politik“ *per se* gibt, so sehr versteht sich der Christdemokrat Wolfgang Schäuble doch als Christ in der Politik, für den zwei Erfahrungen mit Blick auf seine politische und ethische Urteilsfähigkeit wichtig sind:

Die eine ist, dass menschliche Existenz und Freiheit immer auch geschenkte und gleichzeitig bedrohte Existenz und Freiheit ist. Die andere Erfahrung ist die, dass menschliches Handeln immer nur vorläufiges, vorletztes Handeln sein kann. Die Benennung dieser beiden Prämissen ist für meine folgenden Ausführungen unverzichtbar, weil sie zwei wesentliche Perspektiven beschreibt, aus denen heraus der freiheitlich-plurale Staat betrachtet und beurteilt werden kann, der ohne seine christlichen Wurzeln kaum verstehbar ist.

3. Unbestreitbar hat das Christentum auf das Entstehen unseres Gemeinwesens historisch großen Einfluss ge-

habt und hat ihn weiterhin. Das Christentum ist Teil der in unserem Land gewachsenen Kultur, mit Konsequenzen für unser Zusammenleben im Alltag: Diese Kultur findet ihren Ausdruck unter anderem in unseren Rechtsordnungen, für welche die Ausübung der positiven Religionsfreiheit ein so hohes Gut ist, dass Schüler mit Kopftuch mit Blick auf die Religionsfreiheit, aber auch auf das Erziehungsrecht der Eltern anders zu schützen sind als staatliche Lehrkräfte mit Kopftuch, dass Teilnehmer an einer Gerichtsverhandlung ein Kopftuch tragen dürfen, eine in hoheitlicher Funktion tätige Richterin aber nicht.

Religion und Religionsausübung ist nicht nur Privatsache, sondern sie ist gleichzeitig Ausdruck der Persönlichkeit, die vom Staat nicht ausgeklammert werden darf. So kann Religion ihren Beitrag im kulturellen und politischen Leben leisten in einem Prozess, in dem Staat und Kirche sich als Partner befruchten statt hemmen sollten, ohne einander nach dem Munde zu reden.

Wie wirkt sich der Beitrag der Kirchen und theologischen Fakultäten in diesem Gemeinwesen konkret aus? Nur ein konkretes Beispiel: Würde etwa der Staat auf die Vermittlung christlicher Inhalte in dem von den Kirchen verantworteten Religionsunterricht verzichten, und würde er keine Theologen an den Hochschulen ausbilden, so würden

Schüler und Studenten, die Städte wie Speyer, Köln, Magdeburg, Wittenberg oder Augsburg besuchen, durch deren Straßen und Kirchen wandern wie kulturelle Analphabeten. So wie Universitäten nicht interdisziplinär, sondern multidisziplinär sind, so ist unsere Gesellschaft nicht unbestimmt interreligiös, sondern multireligiös mit einem klaren Schwergewicht der beiden großen christlichen Kirchen, denen immer noch zwei Drittel der Bevölkerung angehören. Und dies bleibt nicht ohne Konsequenzen für unsere politische Kultur, unsere Wertvorstellungen und unser Weltbild.

Gerade in der Vorbereitung der Deutschen Islam Konferenz habe ich wieder die Erfahrung gemacht, dass ein Dialog zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften wie auch ein vermeintlich interreligiöser Dialog dann zur leeren Hülle wird, wenn er nicht von Menschen geführt würde, die ihre jeweilige Religion nicht nur verwalten, sondern leben. Wenn ein Staat aus falsch verstandener Neutralität einen ganzen Lebensbereich, der für viele seiner Bürger persönlich prägend ist, aus dem gesellschaftlichen Leben herausdrängt, überschreitet er seine Kompetenz. Vielmehr scheint er gut beraten, ein Forum zu schaffen, um gemeinsam mit allen Religionsgemeinschaften zu beraten, wie ein möglichst fruchtbares Zusammenleben in einem pluralen Staat aussehen kann.

4. Wenn es uns nicht gelingt, uns als Christen, Juden, Muslime oder Atheisten verbindlich zu verständigen über das, was uns miteinander verbindet und was uns trennen darf, ohne dass es unseren Staat auseinanderdividiert, dann ist jede Integrationspolitik in unserem Land letztlich auf Sand gebaut. Doch politische Institutionen allein, so wichtig sie sind, können diesen Dialog allein nicht leisten. Auch neue Gesetze oder eine europäische Verfassung werden dafür allein nicht ausreichen.

Es ist kein Zufall, dass selbst ein so eifriger Verfechter des Konzepts von Verfassungspatriotismus wie Jürgen Habermas in seinem 2003 gemeinsam mit Jacques Derrida verfassten Aufruf über die „Wiedergeburt Europas“ davon spricht, es sei die „Macht der Gefühle“, die Europas Bürger miteinander verbinde und ihnen eine gemeinsame Identität geben könne. Verfassungspatriotismus als eine Sache der Vernunft reicht eben nicht, es braucht ebenso die „Macht der Gefühle“.

Mit dem Verfassungspatriotismus allein kann ich nicht erklären, warum sich Deutsche und Türken zur Fußball-Weltmeisterschaft Fahnen ans Auto heften, wenn Deutschland gegen Argentinien Fußball spielt. Wenn wir uns einem Gemeinwesen zugehörig fühlen wollen, dann

muss es also etwas geben, was uns auf einer tieferen menschlichen Ebene miteinander verbindet.

Wenn Menschen über sich selbst, über ihre Art zu leben und zusammenzuleben nachdenken, stoßen sie unvermeidbar auf die Fragen von Anfang und Ende, von Davor und Danach, auf die Begrenztheit irdischer Existenz, auf Religion. In diesem Sinn können wir auch in einem modernen, pluralen und säkularen Gemeinwesen weder auf nationaler noch auf europäischer Ebene auf den Beitrag der Religion verzichten.

Um zu sehen, wie das in Europa gehen kann, lohnt es, noch einmal einen Blick auf die nationale Ebene zu werfen. In Deutschland ist die Trennung von Staat und Religion niemals eine reine und vollkommene gewesen. Staatsrechtler haben vielmehr von einer „hinkenden Trennung“ gesprochen, da trotz der Abschaffung von Staatskirchen eine institutionelle Verbindung von Staat und Kirche in Bereichen wie dem schulischen Religionsunterricht, der Militärseelsorge und den theologischen Fakultäten an staatlichen Universitäten beibehalten wurde. Ist das also eine Inkonsequenz? Ist Deutschland auf halbem Weg zum Laizismus stehen geblieben?

Die spezifisch deutsche Lösung im Verhältnis von Staat und Religion beruht darauf, dass bei aller Pluralität Staat und Gesellschaft nicht nur durch Verfahrensregeln, nicht nur durch politische und rechtliche Institutionen zusammengehalten werden, sondern dass es dafür identitätsstiftender Momente bedarf. In diesem Sinn lebt der säkulare Staat tatsächlich von Grundlagen, die er selbst nicht hervorbringen kann.

Diese Einsicht hat Konsequenzen für die Politik. Mark Siemons hat mit Blick auf die Bedeutung von Religion in unserem öffentlichen Leben in seinem FAZ-Artikel *Die Falle des Laizismus* hilfreich zwischen „privat“ und „persönlich“ differenziert. Gerade die Zurückhaltung des Staates in letzten Fragen gebiete es, Religion nicht künstlich aus dem öffentlichen Leben fernzuhalten und in den privaten Bereich zu verdrängen.

Religion präge Menschen auf ganz persönliche Weise, und der Versuch, diese Prägung aus dem öffentlichen Leben, der Kultur und der Politik zu verdrängen, würde im Ergebnis dem Werk des Marders entsprechen, der das Ei aussaugt, dabei die äußere Integrität des Eis fast vollständig wahrt, im Kern aber eine leere Hülle ohne Zweck und Inhalt zurücklässt.

Religion ist eben nicht nur eine Privatsache, sondern sie ist für viele Bürger Teil ihrer Persönlichkeit, die sie in die Gestaltung des Staates einbringen. Durch eine institutionelle Regelung, die dies ermöglicht, kann Religion ihren Beitrag zur Identitätsstiftung, zur Ausbildung von Gemeinsamkeiten von Menschen im kulturellen und politischen Leben besser leisten als bei ihrer totalen Verdrängung aus dem öffentlichen Raum. Dieser Beitrag ist und bleibt für jede freiheitlich-plurale Gesellschaft von großer Bedeutung.

5. Ist ein solch positives Bild der verbindenden und identitätsstiftenden Rolle von Religion in der pluralen Gesellschaft nicht zu einseitig? Religion verbindet Menschen nicht nur, sondern trennt sie auch. Gerade in Europa gibt es eine lange und blutige Geschichte, die uns daran erinnert. Wenn wir davon sprechen, dass das Christentum eine die Einheit Europas stiftende Identität bildet, dürfen wir nicht unterschlagen, dass das Christentum auch die Menschen Europas getrennt und zu Feinden gemacht hat. Es ist ja noch nicht so lange her, da hätte man an einem Ort wie diesem eher über katholische Werte in Deutschland und Europa, und anderenorts über die protestantische Identität gesprochen.

Das hat dazu geführt – und auch das dürfen wir nicht vergessen –, dass wesentliche Elemente der bis heute bestimmenden rechtlichen und politischen Institutionen in Europa sich als Reaktionen auf die unendlich langwierigen und blutigen Religionskriege vor allem im 17. Jahrhundert entwickelt haben. Die Schwierigkeit in einigen europäischen Ländern, mit dem Verhältnis von Religion und Politik institutionell zurechtzukommen, hängt mit dieser Geschichte zusammen.

Noch immer bestehende Tendenzen, die Kirchen aus politischen Entscheidungsprozessen herauszuhalten, haben ihren Ursprung in dem in jenen Zeiten gewachsenen Misstrauen gegenüber der Religion, in der man die Quelle ewiger Streitereien sah. Stattdessen vertraute man dem Staat, das heißt man traute es ihm zu, das Konfliktpotenzial, das durch den nicht aufzulösenden Widerstreit der Religionen gebildet wurde, zu entschärfen und für Frieden und Wohlfahrt der Bürger zu sorgen.

Heute tendieren wir vielleicht eher dazu, dem Wirken und den Möglichkeiten des Staates skeptischer zu begegnen. Das hat gewiss mit den Totalitarismus-Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts zu tun, wo die Selbstüberschätzung des Staates und politischer Gestaltungsmöglichkeiten in die Katastrophe führte. Auch sehen wir heute

stärker, dass die Tendenz, dem Staat Verantwortung für die Regelung aller Lebensbereiche zuzuweisen, diesen überfordert und letztlich weder für das Funktionieren des Staates noch für das Leben der Gesellschaft von Vorteil ist.

6. Das Problem, dass Religionen zu Trennung und Streit führen, ist nicht so weit weg, wie der Hinweis auf Konflikte des 17. Jahrhunderts suggerieren könnte. Wenn heute von einem „Kampf der Kulturen“ geredet wird, dann ist wiederum die Religion als ein Hauptkampfplatz einer solchen Auseinandersetzung im Blick. Nur denkt man weniger an einen Konflikt zwischen Protestantismus und Katholizismus, sondern an die Auseinandersetzung zwischen christlicher und islamischer Welt.

Dies Problem ist für Europa längst nicht nur ein außenpolitisches. Es bezieht sich also nicht nur auf unser Verhältnis zur arabischen Welt, sondern wir müssen es auch innenpolitisch lösen. Die Frage nach dem Verhältnis von religiöser Identität und pluraler Kultur ist also auch nach dieser Seite hin hochaktuell. Konkret lautet die Frage: Wie können wir es erreichen, dass wir Menschen durch Religion miteinander verbinden, und gleichzeitig vermeiden, dass auf der Grundlage unterschiedlicher religiöser Bekenntnisse neue Gräben aufgerissen werden?

7. Bei allen im Einzelnen großen Unterschieden kommt es im Grundsatz aus meiner Sicht darauf an, dass Menschen wissen, dass sie mit ihrem eigenen Leben und Tun in der Verantwortung vor einer Autorität stehen, die sie nicht selbst eingesetzt haben. Dass sie sich auf etwas beziehen, was größer ist als sie selbst. Dass da etwas ist, das von ihnen nicht gemacht, aber von ihnen zu respektieren ist. Dass es bei allem, was sie wollen und tun, nicht nur um sie selbst geht.

Schon das hat weit reichende Folgen für politisches und gesellschaftliches Handeln sowie für die Entwicklung von Wertvorstellungen und ethischer Urteilsfähigkeit. Denn das Wissen um Unverfügbares ist eine Vorkehrung gegen totalitäre Allmacht und Machtmissbrauch. „Wo immer in der Welt einer nicht mehr weiß, dass er höchstens der Zweite ist, da ist bald der Teufel los“, sagte Bischof Reinelt zum 50. Jahrestag der Dresdner Bombennacht.

Die christliche Überzeugung, sich in dieser Welt immer nur mit dem Vorletzten zu beschäftigen, ist für Politik und politische Kultur von entscheidender Bedeutung. Die Erkenntnis der Vorläufigkeit meines Handelns bewahrt vor Verblendung, und andererseits befreit sie den politisch Handelnden von der Last, letzte Dinge zu entscheiden,

und macht ihn damit erst frei zur tagtäglichen politischen Gestaltung und Verantwortung.

Der Bezug auf Gott erweist seine Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen nicht zuletzt dadurch, dass er unmittelbare und direkte Folgen für das eigene Menschenbild hat. Die Verantwortung der Menschen *vor* Gott ist nie losgelöst von der Verantwortung *für* den Mitmenschen. Das Doppelgebot der Liebe, das im Neuen Testament und auch davor schon in der jüdischen Überlieferung als Zusammenfassung aller Gebote gilt, verbindet nicht zufällig die Liebe zu Gott mit der Nächstenliebe.

Die biblische Schöpfungsgeschichte drückt denselben Zusammenhang aus, indem sie davon spricht, der Mensch sei nach dem Ebenbild Gottes geschaffen. Und nicht zuletzt sollte jedem Christen deutlich sein, dass es für unseren Glauben, in dessen Mittelpunkt die Menschwerdung Gottes steht, keinen Gottesbezug geben kann, der nicht zugleich Achtung und Liebe gegenüber dem Menschen normiert.

8. In unsere Verfassungswirklichkeit hat dieser Gedanke Eingang gefunden in der Formulierung des Art. 1, dass die Würde des Menschen unantastbar ist. Dieser Grundsatz gilt unumstößlich; nicht einmal eine verfassungsän-

dernde Mehrheit könnte ihn ändern. Und das zu Recht. Unsere politische Ordnung, das, was oft als die Wertordnung des Grundgesetzes bezeichnet wird, beruht zuallererst auf dem Prinzip der Menschenwürde. Aus diesem Grundsatz sind letztlich die einzelnen Grundrechte entsprungen, die das Fundament unserer freiheitlichen Ordnung ausmachen. Dazu gehört ganz wesentlich der Grundsatz religiöser Toleranz, das Prinzip der Religionsfreiheit. Das ist ganz wichtig.

Wenn wir die Frage nach dem Verhältnis von christlicher Identität und religiöser Pluralität stellen, müssen wir sehen, dass es gerade der christliche Glaube ist, der die Akzeptanz religiöser Pluralität als Teil der Achtung vor der Menschenwürde fordert.

Gleichzeitig gilt: Jede Religionsgemeinschaft, die die Würde des Menschen für disponibel hält oder demokratische Ordnungen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens ablehnt, kann keinen Schutz der positiven Religionsfreiheit reklamieren, sofern sich die damit verbundenen Aktivitäten gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Natürlich liegt auch darin immer eine Wertung des Gesetzgebers und der Exekutive, aber diese ist mit Blick auf das Wohl aller Bürger – egal ob re-

ligiös oder nicht religiös – nicht nur hinzunehmen, sondern zwingend notwendig.

Viele der Grundlagen, auf denen unsere moderne freiheitliche Ordnung beruht – der Gedanke der Menschenrechte, Toleranz und Religionsfreiheit –, stammen aus dem Geist des Christentums. Christen sollten das Selbstbewusstsein haben, das zu sehen. In diesen Ideen hat das Christentum der modernen Welt seinen Stempel aufgedrückt, selbst wenn diese Ideen oft gegen den Widerstand der Kirchen durchgesetzt werden mussten und zu einer auch religiös pluralen Gesellschaft geführt haben.

Die Menschenwürde, die dem Glauben entspricht, dass der Mensch nach dem Ebenbild Gottes geschaffen ist, die bedeutet, dass jeder Mensch, unabhängig von Hautfarbe, Herkunft oder Religion, seine eigene, unveräußerliche und unverwechselbare Würde hat, – und das bedeutet notwendig auch den Respekt vor der Verschiedenheit und damit Toleranz. Und deshalb ist zwischen geistlichem und weltlichem Regiment zu trennen. Wenn Glaubensgewissheit in irdische Ordnung übersetzt wird, dann ist für Toleranz wenig Platz, und deshalb entspricht die Absage an jeden Fundamentalismus in der politischen Ordnung unserer christlichen Überlieferung.

Der Satz des ehemaligen Verfassungsrichters Böckenförde, nach dem der freiheitliche säkularisierte Staat von Grundlagen lebt, die er selbst nicht hervorbringen kann, wird oft und gern zitiert, wenn es um die Rolle von Religion und Kirche in Deutschland geht. Es lohnt sich allerdings, an dieser Stelle ausdrücklich auf das hinzuweisen, was der ehemalige Verfassungsrichter an derselben Stelle noch sagt.

Dass der „säkularisierte, weltliche Staat letztlich aus inneren Antrieben und Bindungskräften leben muss, die der religiöse Glaube seiner Bürger vermittelt“, wird von ihm nämlich so ausgeführt, „dass die Christen diesen Staat in seiner Weltlichkeit nicht länger als etwas Fremdes, ihrem Glauben Feindliches erkennen, sondern als die Chance der Freiheit, die zu erhalten und zu realisieren auch ihre Aufgabe ist“. Es geht hier nicht nur um eine Aufforderung an die Politiker, die Rolle des Christentums zu würdigen, sondern auch um eine Aufforderung an die Christen, die „Chance der Freiheit“, die sich durch den modernen Staat bietet, als eine aus ihrem Glauben sich ergebende Aufgabe zu betrachten.

9. Der Bezug auf Gott führt jedoch nicht nur zum Gedanken der Menschenwürde und dem Toleranzprinzip. Und an dieser Stelle befinde ich mich mitten in jenen Diskur-

sen, wie sie regelmäßig in der *ZEE* verhandelt werden: Der Gottesbezug kann den Menschen davor bewahren, sich selbst zum Maß aller Dinge zu machen. Der Mensch braucht Grenzen. Er braucht Grenzen im Interesse seines eigenen Menschseins, seiner Humanität. Auf diese Grenzen aber macht ihn der Bezug auf ein transzendentes Wesen unzweideutig aufmerksam.

Diese Einsicht ist für unsere heutige Welt überlebenswichtig. Die Menschen lernen in ungeheurer Geschwindigkeit hinzu. Wissenschaft und Technik ermöglichen ihnen Dinge, von denen noch vor wenigen Jahrzehnten kaum zu träumen war. Die globalisierte Wirtschaft produziert eine sich permanent wandelnde Welt und gibt dem Menschen erstaunliche Instrumente an die Hand, um sein eigenes Geschick und das der Erde in die Hand zu nehmen.

Ethisches Nachdenken führt aber auch zu einer gesunden Vorsicht bei der Einschätzung von Chancen und Risiken solcher Entwicklungen. Denn bei all diesen Innovationen bleibt der Mensch ambivalent: Seine Größe ist gleichzeitig sein Verhängnis. Sein Streben führt ihn zu neuen und höheren Einsichten, aber auch zu Neid und Missgunst, Habgier und Streit. Im Krieg sehen wir diese „Wolfsnatur“ des Menschen in ihrer zerstörerischen Wirk-

lichkeit. Wir hatten in den letzten Jahren mehr als genug Gelegenheit, Zeugen davon zu werden.

Dabei ist die militärische Auseinandersetzung nicht die einzige Gelegenheit, bei der sich das Fragwürdige, ja Gefährliche am Menschen ohne Maß zeigt. Für uns ist mindestens genauso wichtig die Bedrohung, die für Mensch und Welt von einer ungezügelter Erwerbswirtschaft ausgeht. Auch da zeigt sich der *homo* als *lupus*. Es kommt für unsere Zukunft viel darauf an, dass wir uns selbst hier Zügel anlegen. Marktwirtschaft ist unverzichtbar, ein ungezügelter Markt jedoch ist unmenschlich. Sich damit auseinanderzusetzen, ist Thema der christlichen Wirtschaftsethik, und auch die hat in der *ZEE* ihren festen Platz. So gibt es keine christliche Sonderwirtschaftsethik, aber christliche Theologie, die sich aus ihrer Perspektive mit ethischen Dilemmata in globalen Märkten auseinandersetzt.

Oder nehmen wir das Thema Medienethik angesichts der Flut von Medien und Information: Der Wettbewerb um das knappe Gut „Aufmerksamkeit“ wird härter, und weil sich die skandalträchtigere Information im Zweifel durchsetzt, macht das die Vermittlung von Werten und Orientierung zunehmend schwerer. Dagegen brauchen wir Mäßigung und die Fähigkeit zur ethischen Abwägung.

Das meine ich, wenn ich sage, der Mensch braucht Grenzen. Grenzen, die er sich selbst in Freiheit und Selbsterkenntnis setzt. Eine wichtige Motivation für ein solches freiwilliges Akzeptieren von Grenzen der eigenen Machtfülle ist der Bezug auf Gott. Wiederum gilt: Das Wissen von etwas Unverfügbarem und der Vorläufigkeit des eigenen Handelns, gerade des Handelns im politischen Raum, ist eine Vorkehrung gegen Übermaß, Allmachtsphantasie und Machtmissbrauch.

All das zeigt: Ethische Urteilsfähigkeit wird überlebenswichtig in Zeiten, in denen politisches Handeln oftmals und in kürzester Zeit globale Folgen hat. Die Gestaltungsfähigkeit der Politik wird angesichts der herausziehenden Problemhorizonte des 21. Jahrhunderts ganz neu herausgefordert.

Wenn André Malraux gesagt hat, dass dieses Jahrhundert entweder ein religiöses Jahrhundert sein wird oder es eben nicht sein wird, erinnert uns das daran, dass ein viel beschworener „Kampf der Kulturen“ sicherlich nicht dadurch umschifft wird, dass sich der Westen zur laizistisch-kulturfreien Enklave erklärt und eigentlich dies mit dem Begriff „Pluralismus“ meint und zu verbrämen versucht.

Im Gegenteil: Wenn wir uns mit Religion und Ethik auseinandersetzen, ist das eine der intensivsten Auseinandersetzungen mit uns selbst und unseren Werten – als Individuum wie auch als Gesellschaft. Christliche Hoffnung bleibt die seelische Kraftquelle weltlicher Vernunft. Diese gehört zur Haltung eines zur Freiheit befreiten Christenmenschen, der auf sein Glaubensfundament vertraut – ohne den ängstlichen Blick auf geistliche Autoritäten – und sich mit Zuversicht, Selbstbewusstsein, Offenheit und fröhlicher Dankbarkeit auf die Welt einlässt – im Wissen um ihre Begrenztheit und Vorläufigkeit – und der in aller Irrtumsmöglichkeit Standpunkte bezieht und sich aktiv in öffentliche Belange einmischt.

Das ist christliche und gleichzeitig zutiefst protestantische Kultur. Biblisch gesprochen heißt das: „Ihr seid das Salz der Erde.“ Politisch gesprochen bedeutet das nichts anderes, als dass der Protestantismus für eine freiheitliche, demokratische und plurale Kultur der Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar ist und bleibt. Eine Gesellschaft, die sich im Streben nach einem falsch verstandenen Laizismus dem verschließen und persönlich gelebte Religiosität und christliche Wertvorstellungen ins Private verbannen wollte, legt die Axt an ihre eigenen Wurzeln und verliert das, was sie gerade in Zeiten des Wandels besonders dringend braucht: Ein feste Burg.

10. Was also kann evangelische Ethik, was können freie Christenmenschen in einer pluralen Gesellschaft beitragen? Die Herausbildung ethischer Urteilsfähigkeit, das theologische Ringen um religiöse und politische Identität, die kritische Auseinandersetzung mit den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und den mit ihnen verbundenen ethischen Dilemmata, die Erinnerung an prägende Emanzipation des Individuums vom Staat.

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen geschieht nicht nur im parlamentarischen Raum, sondern auch in den Kirchen, den Hochschulen. So lernen wir, dass „Dienst nach Vorschrift“ und das Befolgen altbewährter Denkmuster und Spielregeln in Zeiten grundlegender Veränderungen nicht mehr ausreichen. Darum wächst der Wissenschaft, aber gerade auch den beiden Kirchen immer mehr die Aufgabe der Vermittlung zu, um Kommunikation und Auseinandersetzungsfähigkeit zwischen Menschen und Organisationen wiederherzustellen.

Mit Blick auf die Wiedervereinigung denke ich an die „Runden Tische“, aber auch an Mediationsverfahren, an denen sich Menschen aus dem wissenschaftlichen und kirchlichen Raum beteiligen, um Kompromisse zu finden und neue Wege zu beschreiten. Ich denke an den Natio-

nen Ethikrat und die Diskussion um seine Rolle. Und ich denke an Foren wie die *ZEE*.

Solcher Räume bedarf es, um führenden Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch und vor allem weiten Teilen der Bevölkerung Kontinuität in Zeiten umwälzender Reformen zu vermitteln und gleichzeitig Verständnis und die Notwendigkeit zum Umdenken zu fördern.

Die evangelische Kirche spielt hier mit ihren Denkschriften und Stellungnahmen, ob nun zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, früher zur Ostpolitik oder zur Asylfrage, eine entscheidende Rolle, da sie als neutraler Vermittler jenseits des parlamentarischen Diskurses steht, aber genau dadurch vermitteln kann. Im Bereich des wissenschaftlichen Diskurses hat die *ZEE* eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, evangelische Ethik wissenschaftlich zu begründen und gesellschaftlich zu positionieren.

Aber gleichzeitig gilt: Mahner sein bedeutet auch, dass der Protestantismus und dabei gerade auch die Theologen und Ethiker zuweilen noch stärker Position beziehen sollten. Ansonsten wird man schnell zum Rufer in der Wüste und hält Synoden, deren Ergebnisse und Verlautbarungen draußen niemand mehr wahrnimmt.

Darum umfasst das Adjektiv „protestantisch“ für mich das evangelische Streben nach religiöser, aber eben auch politischer Freiheit. Und von freien, politisch und ethisch urteilsfähigen und hörbaren Christenmenschen kann der freiheitliche plurale Staat wie auch die Kirchen und Hochschulen gar nicht genug haben.